Bezugspreis
vierteljährlich im Stadt-, Orts- und Nachbarortsverkehr Mk. 2.10, außerhalb Mk 2.20 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 Pf. Erscheinungsweise täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Gegründet 1877.

Aus dem Tannen

Amtsblatt für Altensteig, Stadt.
Allgemeines Anzeige- und Unterhaltungsblatt
Von der oberen Nagold.

Anzeigenpreis
Die 1spaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg. Die Reklamezeile oder deren Raum 25 Pfennig. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen entsprechender Rabatt. Bei gerichtlicher Eintreibung und Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die O.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 285 | Druck und Verlag in Altensteig. | Mittwoch, den 4. Dezember. | Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. | 1918.

Bis auf die Neige.

In weiten Kreisen scheint man bei uns noch keine klare Vorstellung darüber zu haben, was dem Deutschen Reich unmittelbar bevorsteht. Man zankt und streitet noch über „Schuldfragen" und ähnliche Dinge, man schreibt und debattiert für und wider die Nationalversammlung, und drüben am westlichen Gesichtskreis zieht eine schwarze Wetterwolke auf, riesengroß und unheilschwanger. Wir können die Bedingungen des Waffenstillstands nicht bis zum letzten Buchstaben erfüllen, keine menschliche Kraft und kein bester Wille sind dazu imstande. Eben deswegen wurden sie vom Feind so raffiniert grausam gestellt, er wollte, daß wir sie nicht erfüllen können. Fehlt noch ein Tüpfelchen auf dem J, so ist der Vertrag von den Deutschen nicht erfüllt, d. h. gebrochen, und dem Feind steht es zu, weiter zu verfahren, wie es ihm beliebt. Von Anfang an haben aber die Franzosen ihrerseits sich nicht an die Vertragsbestimmungen gehalten. Sie haben Städte und Gebiete besetzt, die sie nicht besetzen durften, so namentlich die Pfalz und das Kohlen- und Industriegebiet von Saarbrücken, sogar mit schwarzen Truppen. Sie haben den Zwischenraum von 10 Kilometern, der zwischen den abziehenden deutschen und den nachrückenden französischen Truppen eingehalten werden sollte, nicht beobachtet. Marschall Foch verlangte neuerdings unter den abzuliefernden Lokomotiven alle unsere schwersten Maschinen, obgleich das im Vertrag nicht vorgesehen war. Wir sind außerstande, diese neue Bedingung zu erfüllen. Erstens haben wir von den schweren Maschinen nicht allzu viele und die vorhandenen sind bei der übereilten Räumung großenteils so mitgenommen worden, daß sie reparaturbedürftig sind. Marschall Foch verlangt aber tadellose Ablieferung. Andere Maschinen sind im Osten und wenn je, so gewiß erst in Monaten zu erreichen. Foch kennt keine Gnade, wenn hier von Gnade gesprochen werden soll. Auf den Einwand der Waffenstillstandskommission, daß die Maschinen unmöglich zu beschaffen seien, auch dann nicht, wenn man das ganze deutsche Wirtschaftsleben durch Aussuchen der Lokomotiven in Unordnung brächte, daß man dagegen zur Ablieferung nach beendigten Ausbesserungsarbeiten bereit sei, schickte Marschall Foch ein Ultimatum: Binnen 24 Stunden sind die verlangten Maschinen auszuliefern.

Die Frist ist schon am Montag vormittag 10 Uhr abgelaufen. Die Regierung hat das Volk von dem ungeheuer wichtigen Ereignis erst nachträglich in Kenntnis gesetzt. — Was nun? Marschall Foch ist an den Waffenstillstand, wenn er nicht will, nicht mehr gebunden. Er kann die Feindseligkeiten sofort wieder beginnen. Niemand frage, ob das recht oder Recht sei. Wir haben keinen Rechts-, sondern einen Gewaltsfrieden zu erwarten. Da aber nach Hindenburgs Erklärung bei der allgemeinen Lage das deutsche Heer keinen Widerstand mehr leisten kann, so wird es sich jetzt um den siegreichen Einzug der Franzosen in Deutschland handeln. Das war das Ziel der französischen Heeresleitung bei Abschluß des Waffenstillstands gewesen, daher die unmöglichen Bedingungen. Die angeblichen Bemühungen Wilsons, Deutschland vor feindlichem Einbruch zu bewahren, sind auf diese Weise für die Entente unschädlich gemacht. Foch kann mit Fug behaupten, die Deutschen haben die gestellten Bedingungen nicht erfüllt und darum habe er nach dem Waffenstillstandsvertrag das unbestreitbare Recht, den Waffenstillstand als unwirksam zu betrachten. Dagegen kann und will Wilson nichts machen. Einigen amerikanischen Generälen scheint allerdings die skythische Beweisführung mit dem Schwert gegen die Soldatennatur zu gehen, aber was können sie machen! Höchstens daß sie den amerikanischen Truppen anbefehlen, sich nichts zu schulden kommen zu lassen.

Daran ist nun also wohl nicht mehr zu zweifeln, daß die Franzosen auch auf das rechtsrheinische Gebiet in nächster Zeit kommen werden. Auch die Berliner Regierung rechnet mit Bestimmtheit damit. So schreibt der „Vorwärts" an leitender Stelle: „Der Versuch des französischen Generalissimus, seinen Triumph mit dem Einzug in Berlin zu krönen, war schon längst erkennbar. Er steht vielleicht in diesem Augenblick schon vor seiner Verwirklichung. Die Besetzung Deutschlands ist unter den gegenwärtigen Umständen kein militärisches Kunststück, wie es auch in keiner Weise eine politische Notwendigkeit ist. Wir müssen unter den gegebenen Umständen allen Möglichkeiten gefaßt ins Auge sehen und können dazu nur sagen, im gegenwärtigen Augenblick sind wir machtlos und müssen alles über uns ergehen lassen, was über uns verhängt wird. Das Deutsche Reich kann aber auf die Dauer nicht als eine eroberte Provinz der Westmächte behandelt werden. Jeder Versuch, der in dieser Richtung unternommen wird, muß schließlich denen, von denen er ausgeht und ganz Europa zum Verderben gereichen. Gewaltpolitik sei es deutsche oder französische, kann der Welt kein Glück und keinen dauernden Frieden, sondern nur immer neues Unheil bringen. Zerstört man in uns das Vertrauen in die internationale Gerechtigkeit, so bleibt uns nur das Vertrauen in die Kraft unseres Volkes, die unzerstörbar ist."

Der Oberbürgermeister von Köln erläßt laut „Tägl. Rundschau" an die Bevölkerung Kölns folgenden Aufruf: In wenigen Tagen treffen fremde Besatzungstruppen in Köln ein. Tut nichts, das Euch die Feindseligkeit der fremden Soldaten zuziehen kann. Bedenkt, daß hierdurch nicht nur Ihr, sondern auch Eure Angehörigen und Eure Vaterstadt schwer leiden würde. Seid höflich und zurückhaltend. Vergeßt nicht, daß Ihr Deutsche seid. Vergeßt auch nicht, daß die Besetzung unserer Vaterstadt durch fremde Soldaten eine schwere Zeit, vielleicht die schwerste unseres ganzen Lebens werden wird.

Die „Köln. Volksztg." erfährt von zuständiger Seite, mit der Verlängerung des Waffenstillstands könne nur gerechnet werden, wenn die deutsche Regierung bereit sei, noch schwerere Bedingungen zu übernehmen.

Die „Kreuzztg." weist darauf hin, daß sie oft genug ihre warnende Stimme erhoben habe, wenn der Glaube an den Anstand der Sieger auftauchte. Unsere Optimisten haben nicht gerechnet mit dem Haß eines Clemenceau und seiner Gefolgschaft, noch weniger aber mit dem realpolitischen Denken der anderen Völker.

Das Reichswahlgesetz.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht folgende Bestimmungen über die Wahlen zur Nationalversammlung:

Für jeden Stimmbezirk wird eine Wählerliste angefertigt, die spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag auf die Dauer von 8 Tagen zu jedermanns Einsicht aufgelegt wird.

Für den Fall, daß sich am Wahltag noch größere geschlossene Truppenverbände außerhalb des Reichs befinden, bleibt der Erlaß einer besonderen Verordnung vorbehalten, wonach die Angehörigen dieser Truppenverbände nach ihrer Rückkehr, gegebenenfalls zugleich mit den Kriegsgefangenen, die erst nach dem Wahltag zurückkehren, in einer besonderen Nachwahl wählen.

Beim Wahlkommissar sind spätestens am 21. Tage vor dem Wahltag die Wahlvorschläge einzureichen. Sie müssen von mindestens 100 im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen gezeichnet sein und dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Abgeordnete im Wahlkreis zu wählen sind. In demselben Wahlkreis darf ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden. Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden, die Verbindung muß spätestens am 7. Tage vor dem Wahltag beim Wahlkommissar schriftlich erklärt werden.

Die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln dürfen nur einem einzigen der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge entnommen sein.

Die Wahl erfolgt mit verdeckten Stimmzetteln. Abwesende können sich weder vertreten lassen noch sonst an der Wahl teilnehmen.

Die Abgeordnetensitze werden auf die Wahlvorschläge nach dem Verhältnis der ihnen zustehenden Stimmen verteilt. Für die Verteilung der einem Wahlvorschlag zugeteilten Abgeordnetenliste unter die einzelnen Bewerber ist die Reihenfolge der Benennungen in den Wahlvorschlägen maßgebend. Wenn ein Abgeordneter die Wahl ablehnt, oder nach der Wahl aus der Nationalversammlung ausscheidet, tritt an seine Stelle ohne Ersatzwahl der Bewerber, der im selben Wahlvorschlag oder wenn dieser erschöpft ist, einem mit ihm verbundenen Wahlvorschlag angehört. Ist kein solcher Bewerber vorhanden, so bleibt der Abgeordnetensitz unbesetzt.

Die Kosten für die Vordrucke zu den Wahlprotokollen und für die Ermittelung des Wahlergebnisses in den Wahlkreisen werden von den Bundesstaaten, alle sächlichen Kosten des Wahlverfahrens von den Gemeinden getragen.

Die Wahl findet am Sonntag, den 16. Febr. 1919 statt.

Die Wahlordnung sieht im ganzen 38 Wahlkreise vor. Davon entfallen 23 auf Preußen, 4 auf Bayern, 3 auf Sachsen, 2 auf Württemberg, je 1 auf Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen. Zu je einem Wahlkreis zusammengelegt sind 1. Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck; 2. die thüringischen Staaten Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha, die beiden Schwarzburg und die beiden Reuß sowie der Regierungsbezirk Erfurt und der zur Provinz Hessen-Nassau gehörige Kreis Schmalkalden; 3. Hamburg, Bremen und der Regierungsbezirk Stade.

Beschließt die deutsche Nationalversammlung, daß Deutsch-Oesterreich seinem Wunsch entsprechend in das Deutsche Reich aufgenommen wird, so treten die deutsch-österreichischen Abgeordneten als gleichberechtigte Mitglieder bei. Voraussetzung für den Beitritt ist, daß sie auf Grund des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts unter Beteiligung auch der Frauen nach dem Grundsatze der Verhältniswahl gewählt werden. Die Zahl der österreichischen Abgeordneten wird auf der Grundlage bestimmt, daß ausschließlich auf 150 000 Seelen ein Abgeordneter entfällt.

Die Umwälzung im Reich.

Berlin, 3. Dez. Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" dankt der Kronprinz nur für sich, nicht aber für seine Nachkommen ab.

Berlin, 3. Dez. Professor Kahl, einer der ersten Völkerrechtslehrer Deutschlands, schreibt in der „Nationalzeitung": Würde Deutschland in die Auslieferung eines Deutschen, sei es Kaiser Wilhelm II. oder irgend ein anderer Staatsbürger, an das Ausland einwilligen, so wäre dies eine nationale Schmach, weil Deutschland sich damit zum Mitschuldigen an einer Rechtsbeugung ohne Beispiel machen würde.

Hindenburg auf Soldatenration gesetzt.

Berlin, 3. Dez. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat, wie die „Germania" meldet, den Generalfeldmarschall von Hindenburg auf Soldatenration gesetzt.

800 Millionen verbraucht.

Berlin, 3. Dez. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben in den ersten 14 Tagen ihres Bestehens 800 Millionen Mark verbraucht.

Berlin, 2. Dez. Der Ausschuß des Vollzugsrats wählte zum Vorsitzenden Däumig, zum stellv. Vorsitzenden den Vertreter Bayerns Hädrich.

Eisners Ende?

Berlin, 3. Dez. Das „Berl. Tagebl." bemerkt, Eisner werde wohl nicht lange mehr Gelegenheit haben, als bayerischer Ministerpräsident die Reichseinheit zu stören. (Nach dem „Miesbacher Anzeiger" ist der richtige Name Eisners Salomon Kusnowski.)

Die „Köln. Volksztg." meldet, seit Montag abend dürften Eisner und die übrigen bayerischen Minister als erledigt gelten. — Die vereinigten Verbände des bayerischen Eisenbahn- und Postpersonals richteten an das Ministerium die Aufforderung, die bayerische Landesversammlung einige Wochen vor der deutschen Nationalversammlung einzuberufen. Eisner hatte sich gegen die Wahlen gesträubt.

Eisner regte bei der Berliner Regierung eine neue Konferenz der bundesstaatlichen Regierungen in Jena oder einem anderen in der Reichsmitte gelegenen Ort an. Es solle ein Programm der inneren und äußeren Politik aufgestellt, das Auswärtige Amt neu besetzt und die Frage der Aktenveröffentlichung besprochen werden.

Die bolschewistischen Umtriebe.

Berlin, 3. Dez. Wie sich herausstellt, hat die frühere russische Botschaft sich hier nicht nur die Verbreitung von bolschewistischen Hetzschriften, sondern auch die Beschaffung von Waffen angelegen sein lassen. In dem Zug, der die Gesandtschaft an die Grenze brachte, hat ein Mitglied ein Päckchen mit Papieren liegen gelassen. Darin befanden sich 21 Rechnungen über Ankäufe von Waffen und Munition. Sie erstrecken sich auf die Zeit vom 21. September bis 31. Oktober d. J. und lauten insgesamt auf 159 Mauser-Pistolen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

26 Browings und 23 Parabellum-Pistolen nebst etwa 37 000 Patronen für insgesamt 105 000 Mk. Die Erklärung Radeks, der Artikel 2 des Friedensvertrags habe die russische Regierung nicht gehindert, in Deutschland revolutionäre Propaganda zu betreiben, hat damit noch weitere Unterlagen erhalten.

Parteivereinigung.

Berlin, 3. Dez. Die neugegründete deutsche Volkspartei (Nationalliberale) wird mit Dr. Friedberg an der Spitze mit der Deutschen demokratischen Partei sich vereinigen. Die Entscheidung hängt noch von der Zustimmung der dem. Partei ab. Dr. Stresemann wird sich, wie verlautet, nicht beteiligen.

Die Rechnung der Feinde.

Haag, 3. Dez. Der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily News" teilt folgende Vorschläge für die den Deutschen auferlegten Ersatzleistungen mit: 1. Während einer Reihe von Jahren soll Schadenersatz in Geld geleistet werden, und zwar für sämtliche in Belgien und Frankreich angerichteten Schäden. Dieser Schaden wird auf 2 bis 2½ Milliarden Pfund (40 bis 45 Milliarden Mk.) berechnet. 2. Sämtliche vernichteten Häuser in den Städten dieser Gebiete sollen von deutschen Arbeitern aufgebaut werden und auch das zum Wiederaufbau nötige Material muß von Deutschland beschafft werden. 3. Es soll Schadenersatz für den vernichteten Schiffsraum geleistet werden. Dazu ist eine Vereinbarung zwischen den Alliierten und den Mittelmächten zu treffen, die dahin gehen soll, daß sämtliche deutsche Schiffe für Rechnung der gesamten Welt fahren und auf deutschen Werften für englische oder alliierte Rechnung Schiffe gebaut werden. Außer dem Schadenersatz für Belgien und Frankreich ist eine Entschädigung für Gesamtverluste zu zahlen. 5. Alles in Deutschland befindliche Gold wird den Alliierten ausgeliefert. 6. Von der Erzeugung der deutschen Hüttenbergwerke wird eine Abgabe erhoben, die eine Reihe von Jahren geleistet werden muß. Außerdem ist die deutsche Kohlenerzeugung unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen. 7. Die Verheerungen in Italien, Serbien und Rumänien sind gleichfalls wieder gut zu machen.

Neues vom Tage.

Noch kein freier Handel.

Berlin, 3. Dez. Das Reichsernährungsamt lehnt die Einschaltung des freien Handels in der Volksernährung noch ab. Eine wesentliche Verbesserung in der Zuckerversorgung sei trotz der Einstellung der Zuckerverwendung für Sprengstoffe, die nur ein Zwölftel der Gesamterzeugung beanspruchte, noch nicht zu erwarten, weil der Mangel an Kohlen und Transportmitteln und die Einführung des Achtstundentags ernste Schwierigkeiten hervorrufen.

Die Elsässer plündern.

Mülhausen i. E., 3. Dez. Der soz. Abgeordnete für Mülhausen, Emmel, berichtet, daß in Mülhausen die deutschen Geschäfte geplündert und die Deutschen mißhandelt werden. Der Gemeinderat hat sich für Anschluß an Frankreich ausgesprochen. Die „Volkszeitung" erscheint unter dem Namen „La Republique".

Das linksrheinische Gebiet.

Kreuznach, 3. Dez. Eine gestern hier zahlreich besuchte Bürgerversammlung legte flammenden Protest gegen die etwaige Absicht des Feindes, das linksrheinische Gebiet oder einen Teil desselben vom deutschen Vaterlande abzutrennen, ein.

Die Schwarzen in der Pfalz.

Berlin, 3. Dez. Die deutsche Regierung hat durch die Schweiz gegen die Besetzung der Pfalz, worunter farbige französische Truppen, Einspruch erhoben. Die Farbigen, die sogleich Notzuchtverbrechen und andere Ausschreitungen begingen, sind zwar zunächst wieder zurückgezogen worden, stehen aber noch an der Grenze. Des weiteren wurde gegen die Einbeziehung des Gebiets von Saarbrücken und Saarlouis in das Besetzungsgebiet protestiert.

Frankreich zur Verschiebung der deutschen Wahlen.

Paris, 3. Dez. „Homme libre", das Blatt Clemenceaus, schreibt, es sei eine Verhöhnung der Verbündeten, wenn die jetzigen Machthaber in Deutschland die Wahlen zur Nationalversammlung nicht innerhalb des Waffenstillstands ansetzten. Die Fortsetzung des Kriegs sei unvermeidlich. — Aus Paris gehen ununterbrochen Truppenzüge an die Grenze. Die Nordbahnen sind für den Personenverkehr gesperrt.

Paris, 2. Dez. Der „Matin" schreibt: Die Alliierten haben ein Interesse an einer Begünstigung Bayerns nur dann, wenn sie unbedingte Bürgschaften dafür besitzen, daß eine engere Einigung zwischen den norddeutschen und süddeutschen Staaten einschließlich Deutsch-Oesterreichs auch nach dem Frieden ausgeschlossen ist.

Engländer in Tirol.

Innsbruck, 2. Dez. Den Blättern zufolge traf in Imst (Ober-Inntal) eine Abteilung englischer Truppen ein.

Kampf zwischen Deutschen und Tschechen.

Budapest, 3. Dez. Gestern abend wurde der von Marchegg abgelassene Personenzug nach Neudorf zwischen Preßburg und Marchegg von Tschechen angehalten, die den Zug ausrauben wollten. Ein Gegenzug mit deutschen Soldaten der Armee Mackensen war gerade eingelaufen. Es kam zu einem Kampfe zwischen Tschechen und Deutschen, der drei Stunden andauerte. Schließlich wurden die Tschechen vertrieben. Später traf auch eine ungarische Verstärkung ein. Wie das Wiener Abendblatt erfährt, rückten heute nacht die tschechischen Truppen in Marchegg ein und besetzten den Ort. Kurz darauf stellte sich ihnen ein Bataillon der deutsch-österreichischen Volkswehr entgegen und vertrieb die Tschechen wieder.

Die Deutschen in Ungarn.

Oedenburg, 3. Dez. Verschiedene Versammlungen deutscher Gemeinden in den westungarischen Bezirken Preßburg, Wieselburg, Oedenburg und Zienburg verlangten von der ungarischen Regierung volle Selbständigkeit auf ihrem Siedelungsgebiet und einen deutschen Volkskommissar zu seiner Leitung, sowie die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung.

Judenfeindliche Bewegung in Prag.

Prag, 3. Dez. (Wiener Korr.-Bur.) Um die gestrige Mittagsstunde sammelten sich auf dem Graben mehrere hundert Personen an, die vor einigen Häusern, in denen sich jüdische Geschäftsleute befanden, die Herausgabe der jüdischen Besitzer verlangten und zwar mit der Begründung, daß die Juden an dem Elend schuld seien, das der Krieg gebracht habe. Es gelang ihnen auch, mehrerer Geschäftsleute habhaft zu werden, die mißhandelt wurden. Das Eingreifen von Soldaten und Turnern verhinderte weitere Ausschreitungen. Man brachte die Juden in die Joseph-Kaserne und hielt sie dort in Schutzhaft. Die Menge zog unter stürmischen Rufen „Richtet die Juden! Hängt sie auf! Sperrt sie ein! Gebt ihnen Kraut zu fressen und Kriegsbrot!" vor das Deutsche Haus, in dem sich angeblich mehrere jüdische Geschäftsleute verborgen halten sollten. Dem Militär gelang es, den Graben abzusperren.

Armenien unabhängig.

London, 2. Dez. (Reuter.) Die armenische Nationaldelegation in Paris erklärte die Unabhängigkeit Armeniens einschließlich Ciliciens.

Die Vorkonferenz.

London, 3. Dez. (Reuter.) Im Auswärtigen Amt wurde gestern die Konferenz eröffnet, an der Lloyd George, Balfour, Bonar Law und Generalstabschef H. Wilson, Foch, Clemenceau, Orlando und Sonnino teilnahmen. U. a. wurde die Frage bezüglich des Kaisers erwähnt. Beschlüsse können erst nach der Ankunft des Präsidenten Wilson gefaßt werden.

Völkerbund.

Kopenhagen, 3. Dez. Die Ausschüsse der drei skandinavischen Reiche, die gemäß den nordischen Ministerzusammenkünften und deren Beschlüssen das vorliegende Material zur Wahrung der Interessen der neutralen Staaten während und nach dem Friedensschluß zu bearbeiten haben, hat sich auf den Vorschlag der Organisation eines Bundes der Völker geeinigt. Der Vorschlag umfaßt u. a. die allgemeine Verpflichtung, Streitigkeiten zwischen Staaten einem Schiedsgericht oder einer Vermittelung zu unterwerfen, ferner die Errichtung eines internationalen Rats, eines ständigen internationalen Gerichtshofs, internationale Untersuchungs- und Vermittlungsbehörde, sowie einer ständigen Organisation von Friedens- oder Völkerrechtskonferenzen im Haag.

Kundgebung des Berliner Bürgerrats.

Berlin, 3. Dez. In einer großen Versammlung des Bürgerrats von Groß-Berlin im Zirkus Busch sprach Dr. ing. W. Koch. Er forderte unbedingten Schutz des Eigentums gegen gesetzlose gewaltsame Eingriffe und protestierte gegen Maßregeln wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Art, die die produktive Wirtschaft umgestalten sollten. Alle Maßregeln dieser Art müssen erst der verfassunggebenden Versammlung vorgelegt und von ihr gebilligt werden, ehe sie wirksam sein dürfen. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der die Reichsleitung aufgefordert wird, alles zu tun, damit schnellstens durch die gesetzgebende Nationalversammlung wieder die Gleichberechtigung aller Stände und die Beendigung jeder unerträglichen Diktatur erreicht wird. Niemals war eine straffere einheitliche Regierungsgewalt notwendiger als heute. Das Bürgertum fordert ein einheitliches Reich und will sich durch unverantwortliche Machenschaften die Geschlossenheit der Nation nicht rauben lassen. Es erwartet von der Reichsleitung die Ermöglichung gemeinschaftlicher und wirksamer Arbeit mit dem deutsch-österreichischen Staat.

Eisner lenkt ein.

München, 3. Dez. Im Landesausschuß der Soldatenräte gab Eisner namens der Regierung eine Erklärung ab, daß Bayern an der Reichseinheit festhalte, aber auch auf seine Selbständigkeit dringe. Schreckensherrschaft und Vermögensenteignung werde bekämpft; die sofortige Sozialisierung der Betriebe sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich. Die Ordnung solle aufrechterhalten werden. Von den feindlichen Mächten erwarte man, daß sie den das deutsche Volk beunruhigenden Gerüchten der Auflösung Deutschlands entgegentreten und daß sie in den besetzten Gebieten die aufgelösten Arbeiter- und Soldatenräte wieder einsetzen. Der Minister des Innern, Auer, führte aus, man dürfe der Entente nicht die Möglichkeit geben, innere Einrichtungen in Deutschland anzuordnen. Der Waffenstillstand müsse verlängert werden. Das beste Mittel dazu sei die Wahl der Nationalversammlung.

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Sie löste ihre Hand aus der seinen und erhob sich, angeblich um das Fenster zu öffnen, weil es so heiß im Zimmer sei. Und dann sagte sie:

„Ich werde mich sehr mit diesen Schätzen befreunden. Solche Altertümer reden eine eigene Sprache und können viel erzählen."

Er hatte sich gleichfalls erhoben und trat neben sie. Leicht legte er seinen Arm um ihre Schultern.

„So freust du dich ein wenig, die Herrin von Ramberg zu werden?" fragte er und zog sie näher an sich heran.

Sie hielt still in seinem Arm, wie ein gefangenes Vögelein. Ihr Gesicht rötete sich jäh und nahm einen ängstlichen Ausdruck an.

„Daran habe ich noch nicht gedacht," erwiderte sie hastig.

„Aber ich freue mich sehr, daß du nun in Zukunft immer bei mir sein wirst, im Palais und auch in Schloß Ramberg."

Als er das gesagt hatte, wollte er sie küssen. War so hold und lieblich erschien sie ihm. Sie wich aber erschrocken zurück und strebte aus seinen Armen.

„Josta!" rief er bittend und ein wenig vorwurfsvoll.

Sie atmete hastig und erregt wie ein Kind. Er kannte dies Zeichen einer inneren Unruhe schon aus ihren Kinderjahren.

Beklommen strich sie sich die losen Löckchen aus der weißen Stirn, die im Sonnenlicht rötlich golden schimmerten. Mit aller Kraft zwang sie sich zur Ruhe. Obwohl sie am liebsten davongelaufen wäre, blieb sie stehen und lächelte unsicher und hilflos zu ihm auf.

„Du mußt Geduld mit mir haben, Rainer — ich muß erst lernen — mich daran gewöhnen —, daß du mir nicht mehr Onkel Rainer bist."

Sie erschien ihm in ihrer holden Befangenheit, mit dem süßen hilflosen Lächeln so hinreißend und bezaubernd, daß ihm das Blut heiß und unruhig zum Herzen drang. Wenn sie jetzt seinen Blick gesehen hätte, mit dem er auf sie herabsah, sie hätte wohl an seiner Ruhe und Gelassenheit zweifeln müssen. Es war ihm durchaus nicht leicht, ruhig zu scheinen, und nur die Sorge, sie zu erschrecken und zu verschüchtern, ließ ihn die Kraft dazu finden.

Geduld mußte er haben, das sah er ein. Sie hatte ein Recht, das zu fordern. Ganz ruhig mußte er warten, bis sie sich zu ihm zurückfand in zärtlichem Vertrauen, bis sie seine Liebkosungen als etwas Selbstverständliches hinnahm.

Ob sie dieselben je erwidern würde? So fragte er sich.

Und es erschien ihm jetzt sehr wünschenswert. Aber zugleich überkamen ihn Zweifel daran.

Sie liebt mich ja nicht, weiß überhaupt nicht, was Liebe ist. Es müßte sehr reizvoll und verlockend sein, in ihrer jungen Seele langsam die Liebe zu erwecken. Selig der Mann, der sich solch eine reine junge Liebe erschließen kann. Wie schön sie ist, — wie hold und lieblich.

So dachte er, und er vergaß ganz daran zu denken, daß er in ruhiger Abwägung der äußeren Umstände und „ohne Liebe" um sie geworben hatte. Was lag alles zwischen jetzt und der Stunde, da er sie um ihre Hand bat? Er meinte, jede Minute in dieser Zeit sei ihm ein reizvolles Erlebnis geworden. Und doch wußte er noch nicht, wie sehr sich sein Herz gewandelt hatte in dieser kurzen Zeit.

Oder hatte die Wandlung schon früher begonnen?

Er atmete tief auf.

„Du sollst mich immer geduldig finden, meine liebe kleine Josta. Komm mir nur immer mit der alten Ruhe, dem alten Vertrauen entgegen. Und denke immer daran, daß es mein innigstes Bestreben ist, dich glücklich und froh zu machen", sagte er, so ruhig er konnte.

Sie sah an ihm vorüber ins Weite, und seine Ruhe schien ihr Gleichgiltigkeit. Sie meinte, er habe sie nur küssen wollen, weil solche Zärtlichkeiten zu den Pflichten eines Verlobten gehörten. So fand auch sie ihre Haltung wieder, und um auf ein anderes Thema zu kommen, sagte sie:

„Wir sprachen vorhin von den Hoffesten. Da fällt mir ein, daß du doch all die Jahre nicht daran teilgenommen hast. Warum hast du das nicht getan?"

Seine Stirn rötete sich jäh. Das sah Josta, als ihr Blick zu ihm zurückkehrte. Sie bemerkte auch, daß er entschieden unsicher und verlegen war.

„Ich habe allerdings lange nicht daran teilgenommen, erwiderte er ausweichend, ohne ihre Fragen zu beantworten, „aber in Zukunft will ich es doch wieder tun — an der Seite meiner schönen jungen Frau."

Sie warf den Kopf stolz und abwehrend zurück.

„Komplimente darfst du mir nicht machen, — sonst werde ich ganz irre an dir", stieß sie hervor, und es zuckte dabei erregt in ihrem Gesicht.

Er war froh, daß sie nicht auf die Beantwortung ihrer Frage bestand.

„Das war kein Kompliment Josta, sondern eine Konstatierung von Tatsachen."

Sie trat ans Fenster und sah hinaus, um ihm ihr Gesicht zu verbergen. Und als er neben sie trat, sagte sie, sich zu einem unbefangenen, freundlichen Lächeln zwingend:

„Jetzt schilt mich nur aus, Rainer! Ich habe dir noch nicht einmal für die schönen Rosen gedankt, die du mir heute morgen gesandt hast."

Er sah sie lächelnd an.

„Ich hatte gehofft, du würdest einige dieser Blumen als Schmuck an deinem Kleide tragen."

Weil sie fühlte, daß ihr das Blut in das Gesicht schoß, machte sie eine abweisende Miene.

„Sie würden nur welken, und das wäre schade."

Er hätte am liebsten gesagt: „Können sie einen schöneren Tod finden, als wenn sie an deinem Herzen sterben?" — aber er sprach es nicht aus.

Sie würde es lächerlich finden. In meinem Alter darf man nicht ungestraft den verliebten Seladon spielen, dachte er.

Und laut fuhr er fort: „Allerdings, sie würden verwelken, aber sie hätten dann noch ihren Zweck erfüllt, dich zu schmücken."

Fortsetzung folgt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Amtliches.

Oberamt Nagold.

Betreff: Arbeitsvermittlung.

Auf Grund der Verfügung des Arbeitsministeriums vom 12. Nov. 1818 (Staatsanzeiger Nr. 267) ist für den Oberamtsbezirk Nagold ein **Bezirksarbeitsamt** zunächst unter Angliederung an das Arbeitsamt Calw errichtet worden. Das Amt hat den Sitz in Calw, Lederstr. 161. Es wird im allgemeinen neben der Arbeitsvermittlung solche Aufgaben übernehmen, die sich mit der Arbeitsvermittlung nahe berühren, wie z. B. Lehrstellenvermittlung und Berufsberatung, Erwerbslosenfürsorge und ähnliches.

Den 3. Dezember 1918. Kommerell.

Oberamt Calw.

Aufrechterhaltung der Ernährung.

Es bedarf keiner längeren Ausführung, daß durch die Ereignisse der letzten Tage die Lage unserer Ernährung eine überaus ernste geworden ist. Insbesondere wird der Bedarf an Lebensmittel durch die Notwendigkeit der Verpflegung der aus den zu räumenden Gebieten nach Württemberg hereinströmenden Truppen, deren Rückmarsch sich zu einem Teil durch unser Land vollziehen wird, noch bedeutend gesteigert. Jede Stockung in der Versorgung oder jeder auch nur vorübergehende Mangel an Lebensmitteln kann zu unabsehbaren Folgen, nicht zum wenigsten für die ländliche Bevölkerung selbst führen.

Es ist daher das wichtigste Gebot der Stunde, Ruhe und Ordnung und eine geregelte Lebensmittelversorgung der Bevölkerung und der Truppen aufrecht zu erhalten. Es ist deshalb Pflicht eines jeden, alle anderen Erwägungen zurückzustellen, welche Auffassung er auch in politischer oder wirtschaftlicher Hinsicht haben mag, da es gilt, das Schlimmste zu verhüten und die gesetzliche Lebensmittelregelung aufrecht zu erhalten.

Es ist daher unbedingtes Erfordernis, daß die Ernährungsvorschriften bis auf weiteres weiter gelten und daß sie auch tatsächlich eingehalten werden, da sie die Grundlage für jede geordnete Verteilung und Versorgung bilden. Nur wenn die Landwirte ihrer Ablieferungspflicht genügen, kann die ausreichende Ernährung der Bevölkerung gelingen.

Wenn jedoch die Landwirte versagen, so sind die Folgen auch für sie unausbleibliche. Auf der anderen Seite ist es unbedingt erforderlich, daß auch die versorgungsberechtigte Bevölkerung sich den Vorschriften über die Lebensmittelversorgung fügt und daß sie nicht durch Schleichhandel und Schleichversorgung die Lieferung der Landwirte an die Kommunalverbände und damit die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel an die Bevölkerung erschwert.

Calw, den 25. Nov. 1918. Oberamtmann Gös.

Erhöhung der Mehlration.

Zufolge Verfügung der Reichsgetreidestelle ist die tägliche Mehlration ab 1. 12. 18 erhöht worden um 40 Gr. und beträgt nun 260 Gr. täglich. Diese Erhöhung wird auf die Schwerarbeiterzulage angerechnet. Im übrigen bleiben die Zulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter unverändert.

Bei dem Druck der Musterbrotkarten für Dezember konnte die Erhöhung nicht berücksichtigt werden. Die Mehl- bezw. Brotabgabe muß demnach auf Aushilfsmarken erfolgen und zwar wird die Aushilfsmarke I der Dezemberbrotmarken mit 1125 Gramm Mehl = 1500 Gr. Brot (einem großen und einem kleinen Laib), die Aushilfsmarke II mit 150 Gramm Mehl = 200 Gramm bewertet.

Auf die Schwerarbeiterzulage kommt die Erhöhung der Mehlration um 40 Gramm in Anrechnung; die Zulage beträgt demnach nur noch 35 Gramm täglich. Ein Neudruck der Zulagemarken auf diese Höhe ist wegen der Kürze der Zeit nicht mehr möglich; es bleibt deshalb nur übrig, den Schwerarbeitern die Hälfte der seitherigen Zulage für den Monat Dezember zu gewähren, also eine Zulagemarke zu 750 Gramm Mehl = 1000 Gramm Brot und eine Brotmarke zu 375 Gramm Mehl = 500 Gramm Brot, zusammen 1125 Gramm Mehl. Der Anspruch beträgt allerdings nur 1005 Gramm.

An Reisebrotmarken dürfen nunmehr für jeden Tag 6 Stück abgegeben werden.

Das Schultheißenamt wolle von Vorstehendem den Bäckern u. Mehlhändlern unterschriftliche Eröffnung machen.

Der Ausgabe der Schwerarbeiterzulage ist diesmal besondere Sorgfalt zu schenken.

Calw, den 27. Nov. 1918. Oberamtmann Gös.

Landesnachrichten.

Altensteig, 4. Dezember 1918

— **Schulreform.** Wie Kultusminister Heymann Vertretern des Württ. Volksschullehrervereins mitteilte, ist beabsichtigt, noch während der Amtsdauer der prov. Regierung einen Ausschuß zur Beratung der völligen Reform des gesamten Erziehungswesens einzuberufen.

— **Fortsetzung von Rüstungsarbeiten.** Da es in vielen Fällen nicht möglich sein wird, die Arbeitskräfte der Rüstungsindustrie im vollen Umfang weiter zu beschäftigen, wenn die Rüstungsarbeiten plötzlich vollkommen eingestellt werden, noch bevor Friedensarbeiten ausführbar sind, so müssen nach amtlicher Mitteilung die Heeresaufträge teilweise fortgesetzt werden. Solche Arbeiten werden ebenso wie die bereits ordnungsmäßig abgelieferten Gegenstände seitens der Heeresverwaltung bezahlt. Hierüber bestehende Zweifel haben zu Arbeitseinstellungen und Arbeiterentlassungen geführt, die besser vermieden worden wären.

— **Marschanzüge für entlassene Soldaten.** Der württ. Landesausschuß der Soldatenräte gibt bekannt, daß es zurzeit unmöglich sei, an die vor dem 9. November entlassenen Mannschaften Marschanzüge und die Gebührnisse auszufolgen. Mit den vorhandenen Beständen müssen in erster Linie die aus dem Felde kommenden Soldaten versorgt werden. Wenn deren Entlassung durchgeführt sei, werden auch die Ansprüche der früher Entlassenen befriedigt werden.

— **Sinken der Viehpreise.** Wie das „Württ. Landw. Wochenblatt" schreibt, sind die Landesviehsammelstellen in letzter Zeit so überliefert worden, daß ein erheblicher Teil des Schlachtviehs in wenig wirtschaftlicher Weise verwertet werden mußte. In vielen Fällen war der Grund, daß die Viehhalter eine Senkung der Schlachtviehpreise oder die gewaltsame Wegnahme des Viehs ohne Bezahlung befürchteten. Das Blatt ermahnt die Landwirte, wo nicht besonderer Futtermangel vorliege, das Vieh nur nach Bedarf zu liefern. Wenn einmal das Vieh im Stall nicht mehr sicher wäre, dann wäre auch das Eigentum überhaupt mitsamt dem Geld nicht mehr sicher.

(-) **Stuttgart**, 3. Dez. (Landesversammlung.) Der „Staatsanz." veröffentlicht die Wahlordnung zur Landesversammlung, die im Wesentlichen mit den von Minister Liesching mitgeteilten Angaben übereinstimmt. Hervorzuheben ist, daß Württemberg als ein Kreis behandelt wird, in dem 150 Abgeordnete nach der Verhältniswahl mit gebundenen Listen gewählt werden. Wahlberechtigt sind Männer und Frauen, auch Militärpersonen über 20 Jahre, wählbar alle, die mindestens ein Jahr lang Deutsche sind. Die Wahl findet am 26. Januar statt. Die Wahlvorschläge müssen bis 11. Januar bei der Landeskommission eingereicht sein.

(-) **Stuttgart**, 3. Dez. (Die „Rote Fahne".) Die „Rote Fahne", das Organ der Spartakusleute, hat mit der 13. Nummer ihr Erscheinen eingestellt. An ihre Stelle tritt der „Sozialdemokrat", das bisherige Nachrichtenblatt der Unabhängigen. Als verantwortlich zeichnen die Spartakusleute E. Hörnle und Wilhelm Schwab.

(-) **Stuttgart**, 3. Dez. (Eine halbe Million.) Eine hiesige Familie hob in voriger Woche bei einer Bank ein Guthaben von einer halben Million ab. Ueber Nacht war die Summe verschwunden. Da es sich um lauter nummerierte Wertpapiere handelt, kann der Dieb mit dem Geld nichts anfangen.

(-) **Böblingen**, 3. Dez. (Totenfund.) Bei Ehningen wurde ein Mann aus Hildrizhausen tot aufgefunden. Es dürfte ein Verbrechen vorliegen.

(-) **Sindelfingen**, 3. Dez. (Aus der Rüstungsindustrie.) Bei den hiesigen Daimler-Werken wurde die Arbeitszeit bis auf weiteres auf 5 Stunden täglich festgesetzt; auch die Entlassung zahlreicher Arbeitskräfte ist notwendig.

(-) **Unterboihingen**, OA. Nürtingen, 3. Dezbr. („Lynch"-Justiz.) In letzter Woche wurde dem nach Kirchheim fahrenden Zug von dem Stationsvorsteher die Erlaubnis gegeben, abzufahren, ehe der Lokalzug Nettingen—Eßlingen eingelaufen war. Dadurch war eine Anzahl von Arbeitern gezwungen worden, eine Stunde auf den nächsten Zug zu warten. Die Wartenden, unter denen sich mehrere Arbeiterinnen befanden, drangen hierauf in das Bureau ein und mißhandelten den Beamten.

(-) **Ulm**, 3. Dez. (Vergeltung.) Aus Anlaß der schlimmen Behandlung der Armee Mackensen durch die Ungarn wurde in Neu-Ulm die ungarische Division, 464 Offiziere und 17 000 Mann, entwaffnet. Die Truppen werden im Innern Bayerns interniert.

Vermischtes.

Kronprinz Rupprecht ist am Donnerstag in Bayern eingetroffen.

Das Berliner Schloß geplündert. Der „Deutschen Tageszeitung" zufolge ist die gesamte Wäsche des Kaisers und der Kaiserin sowie die Garderobe aus dem königlichen Schloß verschwunden. Die Spitzbuben haben nur die Staatsgarderobe der Kaiserin in zerrissenem Zustande zurückgelassen. Auch Kostbarkeiten und historische Gegenstände sind nicht aufzufinden. Das Silberzeug und der Weinvorrat konnten in Sicherheit gebracht werden.

Beim Flug in die Heimat tödlich verunglückt. Unweit des Dorfes Bischhausen stürzte, wie aus Eschwege berichtet wird, ein von der Front zurückkehrendes Flugzeug ab. Beide Insassen, darunter der bekannte Herrenreiter, Rittmeister v. Görne, vom Husarenregiment Nr. 14 in Kassel, waren sofort tot.

Nette Bundesgenossen. Am letzten Freitag abend veranstalteten Truppen eines durchmarschierenden österreichischen Infanterie-Regiments in einer Wirtschaft in Pfedelbach, württ. OA. Oehringen, eine kurze Tanzunterhaltung. Es kam zu Streitereien, wobei der Schuldige, ein Vizefeldwebel, unter Beteiligung von ortsansässigen aus dem Lokal entfernt wurde. Er drang jedoch nach einigen Minuten in das Lokal wieder ein und feuerte mit seiner Mauserpistole auf zwei Bürger, die schwer verletzt zu Boden stürzten. Die Truppen entfernten sich Jagstfeld zu, ohne daß der Schuldige ergriffen werden konnte, da seine Kameraden Partei für ihn ergriffen und sich der Festnahme unter Androhung von Waffengewalt widersetzten. Die Verletzten werden kaum mit dem Leben davonkommen.

Die Auflösung des Richthofen-Geschwaders. Aus Aschaffenburg wird gemeldet: Das berühmteste deutsche Jagdgeschwader Richthofen demobilisiert zurzeit in Aschaffenburg. Seit Gründung des Geschwaders haben die in ihm vereinigten Jagdstaffeln über 900 Abschüsse erzielt, 118 Off. u. 4 Mannschaften durch Tod verloren und über 1300 Offiziere durch schwere Verwundung eingebüßt. 39 Offiziere sind Träger des Pour le Merite.

Letzte Nachrichten.

Die ersten Geldanforderungen der Besatzungstruppen.

* **Berlin**, 3. Dez. Der Vorwärts meldet: General Nudent hat der deutschen Kommission eine Note überreicht, in der für die englischen Besatzungstruppen für den ersten Monat 40 Millionen Mark gefordert werden, für die amerikanischen 44 Millionen. Die erste Rate von 10 Millionen ist am 5. Dezember in Düren, weitere 30 Millionen sind am 12. Dezember in Cöln abzuliefern. Forderungen über weitere Kosten der Besatzung werden noch bekannt gegeben.

* **München**, 4. Dez. Wie die „München Augsburger Abendzeitung" erfährt, tritt **das provisorische Parlament des Volksstaates Bayern** am 9. Dezember zusammen. Das Bürgertum werde in weitgehender Weise berücksichtigt werden. Es würden ihm nicht weniger, vielleicht sogar mehr Sitze zugebilligt werden als dem Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat.

* **Essen**, 4. Dez. Der Platzkommandant teilt mit: Gestern Mittag um 12 Uhr versuchten am Bahnhofvorplatz mehrere jugendliche Offiziere **die rote Fahne** von der Hauptpost und dem Empfangsgebäude zu entfernen. Dabei kam es zu einer Schießerei und einigen Verwundungen. Die Ruhe und Ordnung in Essen ist dadurch nicht gestört.

* **Köln**, 4. Dez. **Das Gouvernement Köln** ist nach Kloppenburg in Oldenburg verlegt worden. Die Geschäfte im Gouvernementsbezirk hat bis auf weiteres der deutsche Generalstabsoffizier im Brückenkopf Köln übernommen.

WTB. **Berlin**, 4. Dez. In der Kreuzzeitung wird geschrieben: **Die Entente betrachtet die Feindseligkeiten noch nicht als endgültig beendet**, England demobilisiert noch nicht. Frankreich erklärt gleichfalls die eigentliche Demobilmachung noch nicht für möglich und Amerika will von mitte Dezember an zwar täglich 30 000 Mann entlassen, deren Rücktransport aber von dem geringen Schiffsraum abhängt. Für die Pläne die die Entente oder Teile von ihr, sei es gegen Deutschland, sei es gegen Rußland hat, braucht sie aber erhebliche Mengen von Truppen, Kriegsmaterial und Schiffsraum. Diese Pläne gehen bei England bis zur Neuordnung Rußlands, die selbst die Besetzung von Moskau und Petersburg ins Auge faßt, bei den Franzosen — wir wollen uns ja nicht darüber täuschen, daß mindestens in der französischen Generalität solche Absichten sehr lebendig sind — bis zum Einzug in Berlin.

WTB. **London**, 4. Dez. Wie Reuter erfährt, hat sich bei den Beratungen der Londoner Konferenz gezeigt, daß man einstimmig der Ansicht ist, daß **von Holland die Auslieferung des Exkaisers und des Exkronprinzen** wegen Verletzungen des Völkerrechts während des Krieges **verlangt werden soll.**

WTB. **Berlin**, 3. Dez. **Die englische Kommission in deutschen Häfen** trifft am 3 Dezember in Wilhelmshaven ein. Die Verhandlungen werden von deutscher Seite durch Konteradmiral Goette geführt.

Das Kommando der Hochseeflotte hat in Vertretung des erkrankten Flottenchefs Admiral Meurer übernommen.

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck läßt wieder nach. Am Donnerstag und Freitag ist aber noch trockenes und ziemlich kaltes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lank.

Wer sich in kurzer und übersichtlicher Weise über die wichtigen Ereignisse und politischen Vorgänge orientieren will, bestelle und lese die täglich erscheinende und dabei billige Zeitung

Aus den Tannen.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Postboten so wie die Agenten und Austräger unserer Zeitung entgegen

Gasgefüllte
Wotan-Lampen
sind zeitgemäß
Die Edelgas Füllung ermöglicht höchste Ausnutzung des Stromes.

In Altensteig zu haben bei Joh. Müller Söhne.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Bekanntmachung

des stellv. Generalkommandos XIII. Armeekorps.

Der **Verkauf des Entlassungsanzuges einschließl. Stiefel,** den die Mannschaften unentgeltlich bekommen, oder einzelner Stücke davon, ist vor Ablauf von 6 Monaten seit der Abgabe **verboten.** Bei Zuwiderhandlungen macht sich sowohl der Verkäufer als auch der Käufer **strafbar.**

Der Soldatenrat:
J. A.: Linse
Bevollm. Mitgl. d. Lo.-Ausschs. des Soldatenrats beim stellv. G.-K. XIII. A. K. Württbg.

J. A.
v. Stroebel,
Generalmajor.

K. Forstamt Klosterreichenbach.

Laubholz-Nutzholz-Verkauf.

Am Samstag, 7. Dez. 1918, vorm. 10 Uhr
im Lamm in Klosterreichenbach

aus Staatswald IV. 1 Bernbach, 3 Ob. und 4 Unt. Buchrain, V. 4 Mittl. Forkenbühr, 7 Ob. Fällenbach, VI. 7 Vord. Dobelhalde und 21 Ob. Röterrain: Stammholz Stn.: 119 **Eichen** mit 7,67 II., 2,00 III., 5,20 IV., 27,15 V. und 2,08 VI. Kl.; 39 **Rotbuchen** mit 2,99 III., 7,60 IV., 3,39 V. und 2,04 VI. Kl.; 10 **Birken** mit 0,36 IV., 1,52 V. und 0,46 VI. Kl.; 3 **Ahorn** mit 0,95 V. und 0,16 VI. Kl.; 1 **Erle** mit 0,38 V. Kl. Beigholz Rm.: **Eichen:** 1 Scheiter, 57 Anbruch; **Birken:** 4 Anbruch. Losverzeichnisse unentgeltlich vom Forstamt.

Landwirtschaftlicher Bezirksverein Nagold.

Zwecks

Bildung eines Landesbauernrates

ist es notwendig, daß in den Gemeinden, in denen ein Bauernrat noch nicht gewählt worden ist, ein solcher alsbald zu Stande kommt. Ich bitte daher die Landwirte dieser Gemeinden, alsbald einen Bauernrat zu bilden und aus diesem einen Vertreter zum Bezirksbauernrat zu entsenden.

Der Bezirksbauernrat tritt am

Donnerstag, 12. Dezember, mittags 1 Uhr

in der „Traube" in Nagold zusammen, um sich zu besprechen und einen Abgeordneten zum Landesbauernrat zu wählen.

Dr. Metzger, stv. Vorstand.

Oeffentliche Versammlung.

Am Samstag, den 7. Dez., nachm. 4 Uhr
wird **Herr Kultminister Heymann**
im Traubensaal in Nagold über
„Die politische Umwälzung u. die geistigen Arbeiter"
sprechen.

Anschließend Besprechung über die Lage der Organisation der geistigen Arbeiter.

Männer und Frauen aus Stadt und Bezirk, vor allem die Angehörigen der geistig arbeitenden Berufe werden hiezu eingeladen.

Prof. A. Bauser.

Altensteig.

Schiefertafeln
und
Federkasten

bei

J. Wurster.

Schuh-Schoner
„Picard"
aus gewölbtem Stahl
Motto: **„Picard—stahlhart —Geld spart."**
Pakete zu 50 Pfg.
sind zu haben bei
C. W. Lutz Nachflg.
Fritz Bühler jr.

Spielberg.

Ein 7 Monate altes

Rind

hat zu verkaufen
Michael Hartmann.

Familien-Kalender

empfiehlt die
W. Rieker'sche Buchhlg.
Altensteig.

Bekanntmachung.

1. **Die Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe können vom**

2. Dezember d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **15. Juli 1919** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts **oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. **Der Umtausch der Zwischenscheine** für die **4½% Schatzanweisungen der** VIII. **Kriegsanleihe** und für die **4½% Schatzanweisungen von 1918 Folge** VIII findet gemäß unserer Anfang d. Mts. veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

4. November d. Js.

bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen **der früheren Kriegsanleihen** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im November 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Für Weihnachts-Geschenke

empfehlen wir

Brief-Papiere

aus gutem Papier

- in eleganten Kartons
- in feinen Blocks
- in gediegenen Mappen

Zu Geschenkzwecken besonders geeignet

aber auch für den eigenen Gebrauch.

W. Rieker'sche Buchhandlung
Papier- & Schreibwarenhandlung
Inhaber: L. Lauk.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw